

**Rede
des Bürgermeisters
Stephan Muckel
zum Entwurf des Haushaltsplans 2025**

**Sitzung des Rates
11.12.2024**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank an Kämmerer Norbert Schmitz und an sein Team für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs 2025. Uns liegt ein herausforderndes Zahlenwerk vor, das nach langen und intensiver Abstimmungen im Rathaus und in guter Zusammenarbeit mit Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, entstanden ist.

Der Haushalt für das Jahr 2025 markiert eine Zäsur in unserer Finanzpolitik. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, unsere Situation offen und transparent darzulegen und zugleich den Blick nach vorn zu richten. Denn: ein Haushalt, das sind nicht „nur“ abstrakte Zahlen, der Haushalt ist das Fundament, auf das wir bauen, auf das wir unsere Lebenswirklichkeit hier vor Ort aufbauen. Der Haushalt ist „gefüllt“ mit ganz konkreten Aufgaben, Projekten und Zielen und auch mit Visionen für die Zukunft.

„Die Kommunen sind der Maschinenraum der Demokratie.“

Dieser Satz des Philosophen **Jürgen Wiebicke** beschreibt unsere Situation treffend. Die **Menschen** in unserer Stadt, der **Rat**, die **Verwaltung**, wir sind es, die das Schiff am Laufen halten, die dafür sorgen, dass das Leben und das Zusammenleben hier vor Ort funktionieren. Aber: wir bestimmen nicht **allein** den Kurs unseres Schiffs. Wohin die Reise geht, welche **Energie** für den Antrieb genutzt werden soll, wie viele **zusätzliche Passagiere** an Bord genommen werden müssen und wie die **Ausstattung** des Schiffs auf den verschiedenen Decks beschaffen sein muss, darüber entscheiden die **Flottenleitung und Reederei**, um im Bild zu bleiben. Konkret: **Bund und Land** geben die Richtung vor und Entscheidungen, die dort getroffen werden, haben direkten Einfluss auf uns, auf unsere Arbeit und das Leben hier vor Ort.

Die kommunalen Spitzenverbände haben in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Landeshaushalt 2025 Folgendes festgestellt; hier in Kurzform die wesentlichen Aussagen:

- Die Kommunen befinden sich in der tiefsten Finanzkrise der letzten Jahrzehnte – auch und vor allem in Nordrhein-Westfalen.
- Die Aussichten sind „desaströs“ (ich zitiere)
- Die kommunale Finanzlage hat sich seit letztem Jahr deutlich verschlechtert.

- Zukünftig kommen neben der bereits anspruchsvollen Aufgabe der Finanzierung der bestehenden Infrastruktur und der Daseinsvorsorge weitere Aufgaben auf die Kommunen zu.
- Die Kommunen werden vielfach an ihre Grenzen stoßen und der Landeshaushalt gibt auf diese Situation keine hinreichende Antwort.
- Stattdessen verharrt die Kommunalfinanzierung des Landes auch weiterhin bei ihrem bisherigen Rezept, die kommunale Finanzausstattung mehr oder weniger freihändig mit derjenigen des Landes selbst auszutariieren.

Soweit die zentralen Aussagen dieser Stellungnahme. Zusammenfassend kann man sagen: Die Anforderungen an die Kommunen steigen, aber eine auskömmliche Finanzierung ist nicht gegeben!

In wirtschaftlich guten Zeiten, wenn die kommunalen Steuereinnahmen steigen – wie es in den letzten Jahren oft der Fall war –, wird kein Bedarf für höhere Landeszuweisungen gesehen. Gerät jedoch – wie aktuell – die Wirtschaftslage unter Druck und rutschen die Kommunen in finanzielle Schwierigkeiten, wird dies oft damit begründet, dass auch das Land unter finanziellen Engpässen leidet und deshalb keine zusätzlichen Mittel bereitstellen kann. Gleichzeitig versucht der Bund häufig, durch Steuererleichterungen die Wirtschaft anzukurbeln. Das trifft die Kommunen gleich doppelt: Einerseits sinken ihre direkten Steuereinnahmen, andererseits verringern sich auch die Einnahmen des Landes, was zu weniger Geld im kommunalen Finanzausgleich führt.

Um im Bild zu bleiben, das Schiff Erkelenz steuern wir gerade durch eine stürmische See. Der Bund als „Flottenchef“ ist gerade eine „Lame Duck“ und wird erst in ein paar Monaten wieder handlungsfähig sein. Also lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung übernehmen und tun, was vor Ort notwendig ist.

Wie ist die Lage bei uns in Erkelenz?

Erstmals seit 13 Jahren schlagen wir Ihnen vor, die Grundsteuern zu erhöhen. Zuvor bewegten diese sich auf einem sehr niedrigen Niveau, waren 2020 sogar auf einen Hebesatz von 390 Prozentpunkten gesenkt worden. Dies ist unzweifelhaft als **unser aller Erfolg** zu werten: eine vorausschauende Haushaltsführung und konsequente Festlegung von Prioritäten hat diesen Erfolg möglich gemacht.

Gleichzeitig haben wir in dieser Zeit immer **mehr Aufgaben** übernommen, die uns von Bund und Land übertragen wurden – oft ohne eine auskömmliche Gegenfinanzierung. Bereiche wie Schulen, Soziales und Jugend stehen exemplarisch für diese zusätzlichen Belastungen. Die steigenden Kosten durch hohe Inflationsraten und Tarifabschlüsse haben die Haushaltslage zusätzlich angespannt.

Trotz all dieser Herausforderungen hat Erkelenz für die Bürgerinnen und Bürger stets auf niedrige Steuer- und Gebührensätze gesetzt. Ein Beispiel: Während andere Städte vergleichsweise hohe Hebesätze für die Grundsteuer B schon die letzten Jahre einfordern, konnten wir diese Belastung niedrig halten – ein Vorteil, der in jeder

Haushaltskasse der Bürgerinnen und Bürger spürbar ist. Erst recht können wir **dies** sagen, wenn wir neben den Steuern auch die in Erkelenz historisch niedrigen und **auch im Vergleich zu anderen Kommunen** niedrigen Gebühren betrachten.

Mir ist wichtig: Auch mit der Steuererhöhung bleiben wir – gerade in der Gesamtschau mit den erwähnt niedrigen Gebühren – eine besonders attraktive Stadt für Familien und Unternehmen.

Wir stehen jetzt an einem Punkt, an dem wir Entscheidungen treffen müssen, um langfristig unsere Handlungsfähigkeit zu sichern. Dazu gehören Maßnahmen wie noch effizienteres Arbeiten, klare Priorisierungen, eine Überprüfung unserer Standards, und eben eine Steuererhöhung sowie eine maßvolle Kreditaufnahme – ich betone, ausschließlich für Investitionen!

Bei den Aufwendungen haben wir sämtliche Positionen überprüft, die die Stadt Erkelenz selbst beeinflussen kann. Dabei haben wir kritisch hinterfragt, welche Aufgaben wir übernehmen („**Was** machen wir?“) und wie wir diese Aufgaben umsetzen („**Wie** machen wir es?“). Diese Überprüfung betraf sowohl die Pflichtaufgaben als auch die wenigen freiwilligen Aufgaben, die wir noch wahrnehmen können - und weiterhin wahrnehmen wollen

Hier nur mal ein Beispiel, das Ihnen deutlich zeigt, dass wir sorgsam mit unseren Ressourcen umgehen.

Die Verwaltung benötigt aufgrund der Vielzahl neuer (Pflicht-)Aufgaben mehr Personal, was eine vorausschauende Raumplanung erforderlich macht. Unser Verwaltungsgebäude am Johannismarkt 17 ist dafür zu klein, und der Arbeitsschutz ist teilweise in den beengten Büros nicht mehr gewährleistet. Daher haben wir mit Unterstützung der KGSt verschiedene Optionen geprüft. Zur Erläuterung: Die KGSt steht für die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement. Sie ist eine Organisation, die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz bei der Optimierung ihrer Verwaltung unterstützt. Als **Ergebnis** haben wir uns für ein neues **Raumkonzept** entschieden: Der Umbau des Verwaltungsgebäudes wird mit modernen Arbeitsmodellen wie Desk-Sharing und mobiler Arbeit kombiniert. Diese Lösung schafft mehr Arbeitsplätze, amortisiert sich durch den Wegfall externer Mietflächen und ist deutlich ressourcenschonender als ein Neubau. Das Konzept stärkt zudem die Attraktivität der Verwaltung als moderner Arbeitgeber. Die Umsetzung erfolgt schrittweise über zwei bis drei Jahre. Erste Maßnahmen sind im Haushaltsentwurf 2025 eingeplant; Details folgen im Haupt- und Finanzausschuss im Februar.

---- Dies ist nur ein Beispiel...(neben vielen weiteren aus den Bereichen Prozessoptimierungen und Digitalisierung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir HABEN alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um Prozesse effizienter zu machen, Aufwand zu begrenzen und somit Kosten zu sparen. Um jetzt noch handlungsfähig zu bleiben, - das heißt, um das Schiff noch selber steuern zu können -, ist eine Erhöhung der Einnahmesituation unumgänglich.

Was schlagen wir Ihnen mit unserem Haushaltsentwurf vor? Dazu zunächst ein Blick auf die Grundsteuerreform. Im Zuge dieser Reform hat das Land NRW für jede Kommune ermittelt, welche Hebesätze sie festlegen sollte, damit nach der Reform genauso viele Einnahmen aus der Grundsteuer erzielt werden wie vorher. Für Erkelenz hat das Land NRW eine deutliche Erhöhung der Hebesätze empfohlen. Bei der Grundsteuer A muss die Stadt Erkelenz von 240 auf 451 Prozentpunkte und bei der Grundsteuer B von 390 auf 466 Prozentpunkte erhöhen, um 2025 genauso viele Erträge aus der Grundsteuer zu erhalten wie vor der Umsetzung der Reform.

Wir benötigen jedoch mehr Einnahmen und zwar sowohl aus der Grund- als auch aus der Gewerbesteuer, als wir aktuell zur Verfügung haben, um weiterhin generationengerecht investieren, einen Haushaltsausgleich gewährleisten und unseren hohen Lebensstandard in Erkelenz erhalten zu können. (*→ Letzter Satz ist ein Zitat des Kämmerers aus dem Haupt- und Finanzausschuss*)

Daher wird vorgeschlagen, die Gewerbesteuer auf 460 Prozentpunkte, die Grundsteuer A auf 580 Prozentpunkte und die Grundsteuer B auf 595 Prozentpunkte anzuheben.

Die geplanten Steuererhöhungen sind schmerzhaft, aber sie sind auch notwendig und verantwortungsvoll. Unser Ziel ist und bleibt: Wir werden die Belastungen so moderat wie möglich halten, daran arbeiten wir!

Was heißt das für jeden Einzelnen?

„Hebesätze“ sind für viele Bürgerinnen und Bürger sehr abstrakt, und die Prozentzahlen führen auch oft zu Missverständnissen, wie sich letztlich die Erhöhung der Grundsteuer im eigenen Portemonnaie auswirken kann. Hier werde ich gerne transparent und zeige ein Beispiel:

Ich wohne zusammen mit meiner Familie in einer Doppelhaushälfte. Der Messbetrag verringert sich nach der Grundsteuerreform geringfügig. Eine Beobachtung, die bei neueren Häusern (wir sind 2017 eingezogen) zutrifft. Auf diese Rahmenbedingungen haben wir hier auf kommunaler Ebene - wie gesagt - keinen Einfluss. Was nun bedeutet die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung für unsere Familie? Für das nächste Jahr erwartet uns eine Mehrbelastung von rund 133 Euro. Umgerechnet sind dies rund 11 Euro pro Monat.

Ich will die Mehrkosten für betroffene Steuerzahler nicht kleinreden, doch die dadurch erzielten Mehreinnahmen für die Stadt sind kein Selbstzweck. Die Mehreinnahmen kommen schließlich allen Bürgerinnen und Bürgern zugute, indem wir die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten und verbessern, indem wir die Infrastruktur modernisieren und die richtigen Investitionsschwerpunkte für die Zukunft setzen, indem wir weiter ein breites Angebot für alle schaffen und schließlich die uns übertragenen Pflichtaufgaben erfüllen.

Was wollen wir tun? Welche Aufgaben, welche Ziele stecken hinter den Zahlen im Haushaltsentwurf? Und was haben wir schon erreicht? Einige Beispiele:

Bildung

Wir setzen auf moderne Schulen und Kindergärten, um unseren Kindern die bestmöglichen Startchancen zu bieten. Mehrere Millionen Euro fließen jährlich in den Ausbau und die Modernisierung dieser Einrichtungen. Jüngstes Beispiel ist der Umbau bzw. die energetische Sanierung der Grundschule in Kückhoven, die ebenfalls geplante Sanierung der Grundschule in Houverath und der Turnhalle am Cusanus-Gymnasium sowie die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur – ein wichtiger Schritt, um unsere Kinder auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Infrastruktur und Mobilität

Unsere Straßen, Radwege und öffentlichen Plätze bleiben ein zentraler Fokus. Mit Investitionen in den Hoch- und Tiefbau schaffen wir eine lebenswerte Umgebung, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird. Der Innenstadtumbau, der auf die Zielgerade einbiegt, ist leuchtendes Beispiel.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Wir legen Wert auf einen zukunftsorientierten Umgang mit Ressourcen. Der Ausbau erneuerbarer Energien, wie z. B. Photovoltaik auf städtischen Gebäuden, und neue Konzepte zur Begrünung urbaner Räume sind Beispiele dafür, wie wir aktiv dem Klimawandel begegnen.

In diesem Zusammenhang: Auch bei der Entwicklung der fünf Dörfer am Tagebaurand denken wir natürlich die Aspekte Klimaschutz, Begrünung, Nachhaltigkeit mit – und da fließen gerade viele wirklich gut durchdachte Ideen der Bürgerinnen und Bürger ein, wie ich gestern bei der Planungswerkstatt erleben durfte.

Gemeinschaft und Kultur

Unser gesellschaftliches Leben stärken wir durch Investitionen in kulturelle Angebote und die Förderung von Vereinen. Um- oder Ausbau an verschiedenen Mehrzweckhallen in Schwanenberg, Lövenich und der Einstieg in die Planung der Komplettsanierung der Mehrzweckhalle in Kückhoven oder die Unterstützung der Vereine sind konkrete Beispiele dafür, wie wir das Miteinander fördern.

Feuer- und Katastrophenschutz

Der vorliegende Haushaltsentwurf enthält außerdem Positionen für den Ausbau der Feuerwache. Aktuell sind bereits zehn hauptamtliche Stellen für die Feuerwehr vorgesehen. Bis zum Jahr 2028 wird diese hauptamtliche Mannschaftsstärke sukzessive auf insgesamt 30 Stellen erweitert. Hinzu kommen weitere Investitionen in moderne Fahrzeuge und Ausrüstung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die finanzielle Situation bleibt angespannt, doch wir blicken optimistisch nach vorn. Der Haushalt sieht vor, auch die geplanten Kreditaufnahmen bis 2028 vollständig zu tilgen. Dieses Ziel werden wir nur erreichen, wenn die Rahmenbedingungen stabil

bleiben und wir weiterhin eine solide Haushaltsführung sicherstellen. Hier fasse ich ausdrücklich die kommunale Familie zusammen und beziehe auch den Kreis ein, der ebenfalls verstärkt Prioritäten setzen und Aufgaben kritisch hinterfragen muss. Dies passiert auch bereits und wird auch in den nächsten Jahren weitergehen.

Viel wichtiger ist aber ein eindeutiges Signal in Richtung Bund und Land: So geht es nicht weiter! Die Grundfinanzierung der Kommunen reicht nicht mehr aus! Land und Bund müssen jetzt handeln! Es ist dringend notwendig, die Finanzlage der Kommunen zu sichern!

Denn – und jetzt schlage ich den Bogen zum Start meiner Rede - wir sind der Maschinenraum der Demokratie. Und wir wollen unser Lebensumfeld gestalten und besser machen. Wir wollen das Ruder in der Hand halten.

In Erkelenz arbeiten wir gemeinsam und sehr erfolgreich daran, unsere Stadt mit ihren vielen Dörfern lebenswert zu erhalten – für uns alle, für unsere Kinder und Enkel. Dieses gemeinsame Ziel vereint uns und damit halten wir Kurs auf unserem „Schiff Erkelenz“. In diesem Zusammenhang möchte ich ein Zitat von Antoine de Saint-Exupéry anführen, nicht aus seinem bekanntesten Werk „Der kleine Prinz“, sondern aus „Die Stadt in der Wüste“. Er sagte:

"Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen. Sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer."

Haushaltsrede der Fraktion der Freien Wähler - UWG Erkelenz vom 11.12.2024

- Fraktionsvorsitzender Christopher Moll -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

fangen wir zuerst mit einer erfreulichen Konstante an: Wie in jedem Jahr danke ich unserem Kämmerer und seinem Team für eine sehr ordentliche Haushaltsführung und für seine ausführlichen und kompetenten Erläuterungen bei unserer Haushaltsberatung. Wir schätzen und respektieren das sehr!

Respekt ist etwas sehr Wichtiges in unserer heutigen Zeit! Am vergangenen Wochenende hatte ich noch ein längeres Gespräch mit meinem 8-jährigen Sohn hierzu. Ich habe ihm versucht zu erklären, dass ein respektvoller Umgang die Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft ist. Man muss nicht immer einer Meinung sein, aber man muss seinem Gegenüber Respekt zollen! Dieser Respekt ist einer der Grundpfeiler unserer Demokratie. Die große Politik ist hier leider immer häufiger ein sehr schlechtes Beispiel. Aber auch an der Basis, also hier in der kommunalen Politik, erodiert dieser respektvolle Umgang miteinander leider immer mehr.

Anders kann ich das Verhalten unseres Bürgermeisters in der Öffentlichkeit nicht erklären. Dass er auf dem Katzemer Weihnachtsmarkt in aller Öffentlichkeit behauptet hat, dass „die Freien Wähler eh dem Haushalt nicht zustimmen

werden“, könnte man ja noch auf unseren gemeinsam mit der FDP-Fraktion eingereichten Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf zurückführen. Dass er uns aber daraufhin auch noch als „bekloppt“ bezeichnet, ist eine andere Sache.

Lieber Stephan, dieses Verhalten ist eines Bürgermeisters, der zur Neutralität verpflichtet ist, nicht würdig. Wenn du also das nächste Mal einen respektvolleren Umgang in unserem Rat einfordern solltest, überdenke zuerst einmal dein Verhalten anderen gegenüber.

Kommen wir nun Haushaltsentwurf 2025!

Meine diesjährige Rede werde ich mit einem Zitat des Vorsitzenden des Städtetages NRW, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, und des Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes NRW, Bürgermeister Prof. Dr. Christoph Landscheidt, beginnen:

"Kaum eine Stadt oder Gemeinde wird in den nächsten fünf Jahren noch einen ausgeglichenen Haushalt schaffen. Wir fahren auf Verschleiß, die letzten Rücklagen schmelzen dahin. Weitere Städte und Gemeinden werden in die Überschuldung rutschen. Die Lage ist dramatisch."

Ist die Lage also auch für die Stadt Erkelenz dramatisch?

Um diese Frage zu beantworten blicken wir einige Monate zurück! Vor weniger als einem halben Jahr sagte unser Kämmerer noch „Den Städten fliegen die Finanzen um die Ohren. Das stimmt auch – aber ohne Erkelenz!“ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadt Erkelenz das Jahr 2023 mit einem satten Plus abgeschlossen. Nach einem geplanten Minus von knapp drei Millionen Euro standen am Ende rund zwei

Millionen Euro auf der Habenseite. Es war seit 2014 das neunte Mal in Folge, dass wir ein Haushaltsjahr mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen haben. Das finanzielle Speckpolster der Stadt Erkelenz ist seitdem auf über 51 Mio. € Ausgleichsrücklage angewachsen und somit war die Ausgangslage deutlich besser als in vielen anderen Kommunen in NRW!

Doch nun zum Haushaltsentwurf 2025! Betrachten wir zunächst einmal den Ergebnisplan. Hier zeigt sich eine deutliche Verbesserung um 8 Mio. € auf „nur“ noch -1,36 Mio. € in 2025.

Diese Verbesserung beruht im Wesentlichen auf drei Ertragsarten:

- 1. Der Verbesserung bei den Steuern und Abgaben um 8 Mio. €.**
- 2. Der Verbesserung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen um 8,35 Mio. €.**
- 3. Der Verbesserung bei den sonstigen ordentlichen Erträgen um 1,2 Mio. €.**

Letzteres müssen wir leider ignorieren, da die sonstigen ordentlichen Erträge auf Rückstellungsaufösungen im Bereich der Pensions- und Beihilferückstellungen zurückzuführen und damit nicht zahlungswirksam sind.

Die Verbesserung bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen beruhen im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 6 Mio. €. Die Verbesserungen bei den Landeszuweisungen in den Produktbereichen „03 – Schulen“ und „06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ sind laut Kämmerer nicht auskömmlich, da die Aufwendungen deutlich stärker steigen!

Und damit sind wir auch schon bei einem der Knackpunkte des diesjährigen Haushaltsentwurfes: Die Verbesserung bei den Steuern und Abgaben ist nur durch eine massive Steuererhöhung bei der Grundsteuer A und B um jeweils circa 29% - also Prozent, nicht Prozentpunkte - möglich! Und diese 29% beziehen sich bereits auf die neuen, aufkommensneutralen Hebesätze nach der Grundsteuerreform!

Aufkommensneutral wäre bei der Grundsteuer A ein Hebesatz von 451 % und bei der Grundsteuer B von 466% gewesen. Stattdessen soll die Grundsteuer A allerdings auf 580% (entspricht +260 Prozentpunkte zum aktuellen Hebesatz) und die Grundsteuer B auf 595% (entspricht +205 Prozentpunkte zum aktuellen Hebesatz) steigen.

Was ist also aus dem Versprechen unseres damaligen Finanzministers und heutigen Noch-Kanzlers Scholz geworden, dass die Grundsteuerreform aufkommensneutral für die Bürger unseres Landes sein soll?

Stattdessen wurde die Grundsteuerreform dafür genutzt, um tiefe Löcher in den Haushaltskassen zu stopfen – auch hier in Erkelenz! Und wenn einige der hier anwesenden Ratsmitglieder auch noch meinen, man könne diese horrenden Steigerungen den Bürgern in irgendeiner Form „verkaufen“, dann hat man genauso die Bodenhaftung verloren, wie das bereits die große Politik vor vielen Jahren getan hat! In diesem Zusammenhang bin ich sehr gespannt auf die nachfolgenden Redner!

Doch was bedeutet eigentlich diese Erhöhung konkret für unsere Bürger? Auf Seite 18 des Haushaltsentwurfes wird die monetäre Entwicklung der Grundsteuer B je Einwohner eindrucksvoll beschrieben. Die Grundsteuer B steigt von 156€ in 2024 auf 208€ in 2025 – also 52€ mehr pro Einwohner. Das bedeutet in diesem Mittelwert sind von Neugeborenen bis hin zu unseren geschätzten Senioren alle Menschen inbegriffen. Eine vierköpfige Familie zahlt also im Durchschnitt 208€ pro Jahr mehr! Das ist keine Kleinigkeit!

Warum die Gewerbesteuer aber nur um circa 10% von 420 auf 460% steigt, ist leicht erklärt: Hier stehen wir ja in direkter Konkurrenz zu unseren Nachbarkommunen! Und man möchte ja keine potenziellen Unternehmen verschrecken – auch wenn unser technischer Beigeordneter in der Vergangenheit immer betont hat, dass die Höhe der Gewerbesteuer keinerlei Einfluss auf die Ansiedlung neuer Unternehmen hätte.

Zwischen-Fazit zu den Steuererhöhungen:

Die Freien Wähler Erkelenz hätten mit Sicherheit einer aufkommensneutralen Anhebung der Steuerhebesätze – vielleicht auch etwas darüber hinaus – zugestimmt, aber einer Erhöhung von knapp 30% ist keinem Bürger zumutbar und erst recht nicht zu verkaufen.

Kommen wir nun zur Aufwandsseite des Ergebnisplans: Wie jedes Jahr muss man auch in diesem Jahr die Personalkosten betrachten. Auch wenn die Personalintensität, also der prozentuale Anteil an den ordentlichen Aufwendungen im kommenden Jahr mit 26% nahezu konstant zu 2024 ist, so ist doch die totale Entwicklung über die vergangenen Jahre schwindelerregend!

Während wir in 2021 noch knapp 28 Mio. € bei den Personalaufwendungen verbucht haben, steigt die Zahl in 2025 auf 39 Mio. € und in 2028 kalkulieren wir bereits mit mehr als 43 Mio. €. Das ist eine Steigerung um satte 55% in nur 7 Jahren. Wo soll dies noch hinführen?

Wenn die Erträge nicht mehr steigen, sondern stagnieren oder sogar sinken sollten, werden die Personalaufwände weiterhin steigen. Und man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass dieser Kipppunkt dramatische Auswirkungen für zukünftige Haushalte hätte.

Ein weiterer „Stammgast“ bei meiner Haushaltsrede sind die Transferaufwendungen. Besonders die Kreisumlage kennt nur eine Richtung: jedes Jahr mehr! Mussten wir in 2021 noch 22 Mio. € an den Kreis abführen, so sind es in 2025 bereits knapp 28 Mio. € und in 2028 voraussichtlich 33 Mio. €. Da das kommende Jahr ein Wahljahr ist, hat der CDU-geführte Kreis noch einmal tief in seine Ausgleichrücklage gegriffen. Doch bereits im nächsten Jahr wird die Ausgleichrücklage des Kreises nicht mehr ausreichen, um den Haushalt auszugleichen und somit wird die Kreisumlage noch deutlicher für die Kommunen steigen.

Das Wort „Sparen“ taucht übrigens kein einziges Mal weder im Haushaltsentwurf 2025 des Kreises noch im städtischen Haushaltsentwurf 2025 auf! Das lässt tief blicken!

Die Sozialtransferaufwendungen steigen ebenfalls ungebremst von 14,5 Mio. € in 2021 auf 22,2 Mio. € in 2025.

Letztendlich können wir nur dank unseres konstant guten Finanzergebnisses von +6,4 Mio. € das Jahresergebnis auf „nur“ -1,36 Mio. € verbessern.

Verlassen wir den Ergebnisplan und kommen wir nun zum Finanzplan:

Der Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit hat sich um 9,6 Mio. € in 2024 auf +3,6 Mio. € in 2025 verbessert. So weit so gut!

Der Saldo aus der Investitionstätigkeit ist wie auch schon in den Vorjahren mit -11,8 Mio. € deutlich im Negativen – und das obwohl wir mit 65% eine deutlich höhere Investitionsdeckung haben als in den Vorjahren.

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit sieht erstmalig eine Netto-Neuverschuldung von 1,25 Mio. € in 2025 bzw. 1,23 Mio. € in 2026 vor. Es bleibt zu hoffen, dass eine Entschuldung ab 2027 realistisch ist.

Fazit zum Finanzplan:

Die Investitionssumme in 2025 und folgenden Jahren ist – gemessen an unserer Finanzkraft zu hoch. Nur dank enormer Steuererhöhungen kann die notwendige Liquidität erbracht werden.

Doch gibt es eine Alternative zu den Steuererhöhungen? Die Verwaltungsspitze und auch die CDU behaupten es gäbe keine, aber es gibt immer eine Alternative!

Gemeinsam mit den Kollegen der FDP haben wir den Haushaltsentwurf 2025 nach Einsparpotentialen durchforstet und wir sind auch fündig geworden. Daher haben wir einen weiterführenden, für manche hier vielleicht auch „bekloppten“ Antrag zum Haushaltsentwurf eingereicht.

Dieser Antrag sieht vor, dass wir eine Nettoneuverschuldung in den Jahren 2025 und 2026 vermeiden können, wenn wir folgende Einsparpotentiale heben:

- Pauschale Kürzung um 20% bei Anschaffungen von Vermögensgegenständen des AV bis 800 € sowie bei Anschaffungen von Vermögensgegenständen des AV zwischen 800 € und 10.000 €. Hiervon ausgenommen sind alle Ansätze in den Bereichen Kindergärten und Feuerwehr. Im übrigen wurden diese Ansätze in den letzten Jahren ohnehin nur zu maximal 80% ausgeschöpft.**
- Pauschale Kürzung um 20% beim Erwerb von Grundstücken.**
- Ersatzbeschaffungen für kennzeichenpflichtige Fahrzeuge und Maschinen des städtischen**

Baubetriebshofs sowie deren Zubehörteile werden in den Haushaltsjahren 2025 bis 2028 um jeweils ein Jahr verschoben – sofern möglich.

- **Verschiebung von Einzelinvestitionen wie z.B. von Park- und Bike-Anlagen, der Erneuerung des Parkleitsystems, das Kölner Tor und dem Radvorrangroutenkonzept.**

Das Radvorrangroutenkonzept stellt für uns Freie Wähler im Übrigen ein rein ideologisch-motiviertes Projekt dar, das in diesem Umfang gar nicht notwendig ist. Oder glauben Sie tatsächlich, dass hierdurch auch nur ein Fahrradfahrer mehr auf unseren Straßen unterwegs sein wird? Außerdem stellt es auch schon heute kein Problem dar, mit dem Fahrrad zu jedem Punkt innerhalb des Stadtgebietes zu kommen – im Gegenteil es ist sogar teilweise einfacher.

Dass das Radvorrangroutenkonzept eine Herzensangelegenheit der Grünen ist, ist für uns gut nachvollziehbar.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Auch wenn die kommende Bundesregierung vielleicht Schwarz-Grün heißen sollte, müssen Sie diese nicht schon vorab mit einem fast 3 Mio. € teuren Geschenk hier in Erkelenz begrüßen!

Darüber hinaus wird dem städtischen Haushalt im laufenden und kommenden Haushaltsjahr durch die Investition in das Neubaugebiet Mennekrather Kirchweg überaus wichtige Liquidität in Millionenhöhe entzogen. Die Freien Wähler Erkelenz sind nicht grundsätzlich gegen dieses Neubaugebiet, allerdings macht die Investition bei einer gleichzeitigen Erschließung des 2. Bauabschnittes Oerather Mühlenfeld West und bei einer sich stark

abkühlenden Bauwirtschaft überhaupt keinen Sinn zum jetzigen Zeitpunkt! Er wäre daher ratsam, die Erschließung etwas zu verschieben!

Und sagen Sie mir bitte nicht, dass wir bei einer späteren Erschließung auch erst später Erträge aus der Vermarktung der Bauflächen erzielen. Denn Sie vergessen dabei, dass knapp die Hälfte der Bauflächen im Besitz des Eigentümers bleiben und zu freien Konditionen vermarkten werden können.

Ich komme nun zum Abschluss meiner Rede:

Eingangs habe ich die Frage gestellt, ob die Haushaltslage auch für die Stadt Erkelenz dramatisch ist.

Diese Frage kann ich nun mit einem deutlichen JA beantworten!

Die Lage wird immer dramatischer zum einen durch externer, nicht durch uns beeinflussbarer Faktoren, wie zum Beispiel ausufernder Bürokratie, steigender Aufgaben und Kosten, die von Bund und Land an die Kommunen durchgereicht werden oder auch der Flüchtlingspolitik des Bundes. Hier ist nur zu hoffen, dass die große Politik endlich aufwacht und die Kommunen zukünftig weniger belastet bzw. entlastet.

Es gibt allerdings auch noch die Handlungsspielräume, die finanziell solide Kommunen wie die Stadt Erkelenz sehr wohl beeinflussen kann.

Die Freien Wähler Erkelenz sehen den Haushaltsentwurf 2025 aus den folgenden Gründen sehr kritisch:

- 1. Die enormen Steuererhöhungen bei der Grundsteuer A und B sind den Bürgern nicht zumutbar.**
- 2. Es befinden sich nach wie vor Investitionen im Haushaltsentwurf, die entweder geschoben (z.B. die Erschließung des Neubaugebiets Mennekrather Kirchweg) oder sogar komplett gestrichen werden können – allen voran das Radvorrangroutenkonzept!**
- 3. Dringend notwendige Investitionen in bestehende Infrastruktur wie zum Beispiel Mehrzweckhallen und Bürgersälen auf Dörfern wie Hetzerath, Katzem oder Kückhoven werden hingegen bereits seit Jahren geschoben und die Menschen vor Ort vertröstet.**
- 4. Er wird für 2025 und 2026 erstmalig wieder mit einer Netto-Neuverschuldung kalkuliert, deren Tilgung in den Folgejahren ungewiss ist.**

Daher können wir dem Haushaltsentwurf in seiner jetzigen Form tatsächlich nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede 11.12.2024 zum städt. Haushalt 2025 v. K-H Frings

Sehr geehrter Herr Bürgermeister !

Zum 17. Mal stehe ich jetzt hier, um unsere Sicht der Dinge zum jeweiligen Haushalt der Stadt Erkelenz dazulegen, Kritik zu äußern und vor allen Dingen Empfehlungen für die Zukunft zu geben!

In der von Vetternwirtschaft geprägten Stadt wurden in der Vergangenheit viele Millionen verschwendet. Hierfür gibt es viele Beispiele.

U.A. die Leonardskapelle, Kläranlage Erkelenz Mitte, Stadtpassage/Tiefgarage, Bauhof, Nordtangente/Düsseldorfer Straße, Fellerpropeller, Stadthalle, Frei- und Hallenbad, Grüngürtel, Skateanlage, Franziskanerplatz, Parkdeck Ostpromenade, usw.

Da ich wohl der Ratsherr bin der, der die meisten Haushaltsreden hier gehalten hat, erlaube ich mir ihnen ein paar Zeilen aus vergangenen Haushaltsreden zu zitieren, die beweisen, dass man nicht unbedingt ein Hellseher sein muss, um in die Zukunft zu blicken.

Angefangen im vorigen Jahrtausend, **im Jahr 1999**:

Die Rendezvous-Bushaltestelle "Kölner Tor" kann hier stellvertretend für alle anderen Fehlinvestitionen und Verschwendungen stehen. Noch Jahre, nachdem dort der letzte Bus gehalten hat, wird diese Rendezvoushaltestelle als Beleg unseliger Feller-CDU-Politik gelten.

Jetzt soll der Fellerpropeller für viel Geld abgerissen werden!

Die Stadt Erkelenz bleibt leider weiterhin Spielball nicht zu beeinflussender Kräfte, auch weil die Mehrheitsfraktionen dieses Hauses Sparwillen und Initiative für eine gerechte Konsolidierungspolitik vermissen lassen. Das sinnlose Drauflosbauen nur der Zuschüsse wegen, muss endlich ein Ende haben.

In der Haushaltsrede 2000 zum Haushalt 2001 steht folgendes:

Obwohl die Zeichen der Zeit gegen das Vorhaben, unsere Dörfer abzubaggern, stehen, glaubt man hier nicht mehr an eine Rettung. Man schießt zu sehr nach den Millionen DM Abfindungen, die Rheinbraun auch an die Stadt Erkelenz zahlen muss.

Mit diesen Millionen rechnen Sie, liebe Kollegen der CDU ja schon seit langem!

Aus der Haushaltsrede 2002:

In die Reihe falscher Signale gehört da wohl auch die geplante Erhöhung der Grundsteuer B. Auch das ist bei der derzeitigen Abgabenlast kein glücklicher Zug. Wie gut könnte es der Bevölkerung doch gehen, würde die etwas vom 90 Millionen Deal mit der NVV abbekommen. Die WLK an Rheinbraun zu verkaufen, mag zwar unter dem Strich mehr Geld gebracht haben, stellt aber im Kampf gegen die Monster mit den Schaufelrädern einen glatten Verrat dar.

Schon lange kämpft man bei der Stadt Erkelenz nicht mehr. Pro forma spielt man den Kämpfer für Land und Bevölkerung, schießt aber heimlich auf die zu erwartenden Millionen Euro-Ersatzzahlungen.

Wenn man schon aus wirtschaftlichen Gründen die Anteile der WLK verkauft, warum lässt man den Bürger nicht vom satten Gewinn mitprofitieren?

Aus der Haushaltsrede 2003:

Die Fehler der Vergangenheit haben Sie eingeholt. Während Kämmerer Grün da noch ein Licht am Ende des Tunnels sah, haben wir bereits gedeutet, dass dies Licht am Ende des Tunnels ein entgegenkommender Zug ist.

Das Problem Finanzen ist hausgemacht!

Das Einkaufszentrum "Stadtpassage/Tiefgarage", Millionengrab und unrühmliches Dokument städtebaulicher und finanzpolitischer Fehlplanung. Da haben die wohlwollenden Zugeständnisse an den Investor das Stadtsäckel um mindestens 5 Millionen DM erleichtert. Selbst der Bund der Steuerzahler widmete diesem Thema eine ganze Seite in der eigenen Zeitung, DER STEUERZAHLER.

Lassen wir uns nicht vergessen, dass dieser Haushalt trotz Steuererhöhungen und Plünderung der Rücklagen nicht hätte ausgeglichen werden können, wenn man nicht die **Millionen Gewinne** aus den Abwasserabgabengebühren abgezweigt hätte. Wir von der Bürgerpartei sind der Meinung, dass diese Gewinne unmittelbar dem Bürger zugeführt werden müssten. Diese Meinung bekräftigt auch der Bund der Steuerzahler, der uns angeraten hat, diesen Vorgang einmal beim Verwaltungsgericht klären zu lassen.

Aus der Haushaltsrede 2004:

Auch der Bau der 4-fach Sporthalle reißt ein 4,8 Millionen großes Loch in den Haushalt. Auch wenn Sie es nicht hören wollen. Dies wäre nicht nötig gewesen, hätte man diesbezüglich rechtzeitig Rücklagen gebildet, denn das Verfallsdatum der alten Turnhalle war schon 13 Jahre überschritten. Stattdessen hat man in der Vergangenheit alle Rücklagen aufgebraucht.

Aus der Haushaltsrede 2005:

Die Nordtangente/Düsseldorfer Straße. Die wohl teuerste Straße Deutschlands mit Gesamtkosten von 9,4 Millionen € - unvorstellbar, wenn man bedenkt, dass diese Straße nur 1,9 Kilometer lang ist und damit jeder Meter rund 5000 € kostet.

Aus der Haushaltsrede 2012:

Auch wenn sie es nicht hören wollen, wenn sie unseren Rat befolgt hätten und die Wohnungen im Bauxhof anstatt abzureißen als Eigentumswohnungen verkauft hätten, würden wir heute mindestens 6 Millionen Euro mehr in der Kasse haben. Ihr Verhalten diesbezüglich erinnert an Lobbyismus!

Aus der Haushaltsrede 2017:

Der Fall Auditorium. Wir waren als einzige Partei von Anfang an dagegen und haben den Standort kritisiert und es ist geendet wie wir es prophezeit haben.

Liebe Verwaltungsspitze, ihre „Weitsicht“ erinnert mich an einen Diät Club, der um abzunehmen literweise Rizinusöl trinkt, aber nur eine Rolle Klopapier im Haus hat.

Haus Harf. Wir waren dagegen Flüchtlinge dort unterzubringen. Jetzt heißt es: Das Harf Haus wurde 2017 u.a. wegen erheblicher baul. Mängel geräumt. Voraussichtlich wird es 2018 nicht mehr belegt. Da fragt man sich, haben wir Flüchtlinge in ein baufälliges Haus gesteckt oder haben die es baufällig gemacht? **Heute** ist nach erneutem, kostspieligem Umbau dort ein Kindergarten.

Welch ein Hohn der CDU in der Erkelenzer Verwaltung einen teuren Klimaschutzbeauftragten zu installieren, eine Klimaschutzsiedlung zu fördern, während man an den größten Drecksschleudern der Welt, den Kohlekraftwerken in Niederaußem, und Neurath, festhält!

Und ich wiederhole es jetzt hier noch einmal, wenn sie, meine Damen und Herren, sich nicht so früh zu RWE/Rheinbraun ins Bett gelegt hätten, dann würde Kuckum, Keyenberg und Ober/Unterwestrich nicht dem menschenverachteten Raubzug der Riesenbagger zum Opfer fallen.

Aber hier gilt wohl auch, „Erst das Fressen, dann die Moral“!

(Die Orte sind Gott sei Dank gerettet aber die unsägliche Umsiedlung hätte man sich sparen können!)

Das Loch des alten Amtsgerichts – wer soll es stopfen? Ich war in der Jury, die sich mit der Vergabe der Konzepte der Investoren beschäftigte. Ich habe klar für den Investor, der den Erhalt des alten Gebäudes in sein Konzept eingebaut hat, gestimmt! Man wusste es aber besser, oder? Private Interessen Einzelner, die ich hier jetzt nicht nennen möchte, haben zu der Baupleite geführt.

Ein faltbares Solardach über einem Klärbecken in der ARA Erkelenz Mitte. Einmalig in Deutschland! Erkelenz ist damit wieder Vorreiter. Der blanke Hohn! Normale, auf Ständer montierte Solarmodule wären effizienter und kostengünstiger.

Mit allem Umbau und Anpassungsmaßnahmen kostet dieser Schwachsinn an die 1,2 Millionen.

Ich könnte hier noch stundelang weitere Beispiele nennen, aber natürlich habe ich auch Anmerkungen zum neuen Haushalt.

Die Park & Ride Anlage, die wir aus unserer eigenen Tasche auf dem Grundstück der Bahn gebaut haben, soll uns jetzt wieder mehr als eine halbe Million Euro kosten, denn die Bahn nötigt uns quasi das Grundstück zu kaufen. Sollten wir das nicht tun, wäre es vorbei mit kostenlosen Parken!

Das INHK ist hier als Hauptverursacher der Misere, zu betiteln.

Millionen für zweifelhafte Verschönerungsmaßnahmen, nach Känguru Manier: Große Sprünge mit leerem Beutel, dabei denkt mal wieder niemand an die immensen Folgekosten!

Ich darf daran erinnern das im Jahr 2006 mehr als 7000 Bürger der Stadt Erkelenz sich bei einem **Bürgerbegehren** gegen den Umbau des Parkplatzes Kirche altes Rathaus ausgesprochen haben. Nur die Tatsache, dass seinerzeit die CDU Regierung freiwillig ihr Vorhaben zurückgezogen hat und es dadurch erst gar nicht zu diesem Bürgerentscheid gekommen ist, ermöglicht ihr heutiges Vorgehen!

Die FDP hat den jeweiligen Haushalten fast immer zugestimmt, die UWG/Freie Wähler haben nur dem Haushalt 2020 und 2021 abgelehnt.

Die Erwartungen von Einnahmen von **Haus Hohenbusch** sind auf 18.000 Euro gesunken? Wie kann das sein? Electrize mit 45.000 Besuchern und Bauernmarkt mit annähernd 100.000 Besuchern.

Besucherrekorde der Zuschauer und der Gewinne der Veranstalter. Was haben wir davon, außer Hunderttausenden von Kosten?

Nach wie vor ist kein Sparwillen zu erkennen. Auch wirtschaftliches Denken ist nicht zu erkennen.

Seit Jahren fordern wir sie dazu auf Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen.

Zuletzt haben wir Sie am 10.11.2022 aufgefordert, in Anbetracht der negativen Entwicklungen, alle nicht notwendigen Maßnahmen einzustellen oder zumindest vorerst auf Eis zu legen!

Aus unserem Schreiben vom 10.11.2022

... die Präsentation des Kammerers Schmitz hat nun wohl wirklich Jedem klargemacht, dass die finanzielle Zukunft auch in Erkelenz mehr als ernst ist. Künftige Belastungen von mehreren Millionen Euro durch gestiegene Energiekosten, Baukosten, Personalkosten und Flüchtlingsunterbringungen, usw., drohen den Haushaltsrahmen zu sprengen.

Daher beschäftigen wir uns von der Bürgerpartei Erkelenz, wie schon in den letzten Jahren, nun noch intensiver damit, wie wir diese Situation überstehen können.

Da auch unsere Bürger*innen in den letzten Monaten einiges abverlangt wurde, müssen auch wir **zunächst alle Ausgaben auf den Prüfstand** stellen, bevor höhere Einnahmen durch Steuererhöhungen oder Ähnlichem überhaupt eine Option sein dürfen.

Auch Subventionen und Fördergelder dürfen nicht dazu verleiten, nicht dringend benötigte Projekte zu realisieren!

Daher sind wir der Meinung, dass wir uns die enormen Investitionsausgaben, wie z.B. das **INHK nicht mehr leisten können**, bzw. sollten.

Daher muss/sollte mit **sofortiger Wirkung der Abriss/Neubau des Parkdecks Ostpromenade**, der ja nach Berechnungen aus 2021 rund **5 Millionen** kosten sollte und sicherlich unter den jetzigen Gegebenheiten nicht unter 7 Millionen Euro zu realisieren ist, **gestoppt** werden.

Weiterhin müssen **alle Folgemaßnahmen des INHK gestoppt** werden.

Die **Umgestaltung des Grüngürtels, das Radhaupttroutenkonzept mit Umwandlung in Fahrradstraßen und die Änderung der innerstädtischen Verkehrsführung, und die Umgestaltung des Marktplatzes**, mussten/sollten vorerst **auf Eis gelegt werden!**

Ihre Reaktion auf unseren konstruktiven Vorschlag - Keine Reaktion!

Sie wussten es ja besser und haben unsere Vorschläge mal wieder ignoriert.

Jetzt brauchen wir Steuererhöhungen, um überhaupt einen annähernd ausgeglichenen Haushalt ausweisen zu können. Viele Gründe, warum uns jetzt Geld fehlt habe ich ihnen oben schon genannt.

Trotz 8 Millionen Euro Mehreinnahmen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ziehen sie jetzt dem Bürger auch nochmal rund 8 Millionen Euro mehr aus der Tasche und trotzdem bleibt ein Loch von 1,3 Millionen Euro.

Im nächsten Jahr 2025 planen sie Einnahmen aus **Bußgeldern von 545.000 Euro!**

Für uns ist das modernes Raubrittertum. Mehrfach haben wir hier im Rat kostenloses Parken mit Parkscheibenregelung gefordert, aber die Einnahmen von oftmals mehreren Hunderttausend, sind zu verlockend.

Nachdem sie die Stadt seit über 2 Jahren in ein Tollhaus der Baustellen verwandelt haben, ist zumindest etwas Positives entstanden. Die neue Mobilitätstation, neue Parkplätze für die Innenstadt, von uns seit Jahren gefordert. Aber im Gegensatz zu ihrem Prachtbau hätte unsere Variante höchstens ein Drittel der jetzigen Kosten von rund 5 Millionen erfordert.

Unter Anbetracht der oben genannten Fakten können wir dem Haushalt natürlich nicht zustimmen.

Rede zum Haushaltsentwurf 2025

(Es gilt das gesprochene Wort)



Haushaltsüberschrift:

Die FDP sagt

„Nein“

zu „Nice to have“ auf „Pump“



Ergebnisrechnung:

- Mit einem blauen Auge davon gekommen
- Negativer Abschluss: 1,36 Mio.
- Fiktiver Ausgleich durch Entnahme aus Ausgleichsrücklage
- Für weiteren Planungszeitraum wieder positive Prognosen
- Eigentlich alles ok ??

Nein:

- Nur die halbe Wahrheit
- Kämmerer ist bei Planung „All in“ gegangen
- Entscheidung des Rates bezgl. Erhöhung der kommunalen Hebesätze schon in den HH eingerechnet.
- Ohne diese zusätzlichen Millionen – Finsteres Bild
 - ❖ Hohe negative Abschlüsse in 2025 und in Folgejahren
 - ❖ Verbraucht der Ausgleichsrücklage um 1/3 bis 2028!
 - ❖ Finanzrechnung:
 - Investitionsplanung würde zusammen stürzen wie Kartenhaus.

➤ Frage nach Gründen:

- ❖ Nicht selbstverschuldet
- ❖ Fremdgesteuert
- ❖ Leider kaum beeinflussbar

(1) **Hauptgrund:**

Nichteinhaltung Konexitätsprinzip (Die Staatsebene die über eine Aufgabe entscheidet, ist auch für die Finanzierung zuständig.)

- Bund und Land überfrachten die Kommunen mit immer neuen Aufgaben
- Hinzu kommen stetig steigende Fallzahlen in den sozialen Bereichen
- Folge: Explodierende Personalkosten
- Kein angemessener finanzieller Ausgleich
- Beispiel:
 - Deckungslücke allein im KITA-Bereich und im Jugendhilfebereich in Millionenhöhe!

(2) Bedrohung durch Kreisumlage:

- Kreis ist eine Umlage-Kommune
- Stark steigender Umlagebedarf
- Ausgleichsrücklage 2026 aufgezehrt
- Kreisumlage = Damoklesschwert,
- Große Gefahr für die finanzielle Stabilität der Kommunen

(3) Die schlechte Wirtschaftslage gefährdet auf Dauer auch unsere wichtigsten Ertragsarten.

➤ Was können wir tun?

❖ Langfristig:

- Einfordern Konnexitätsprinzip durch unsere politischen Vertreter in Land und Bund
- Leistungsreduzierung bei den kommunalen Aufgaben
Aber: "Servicewüste Stadtverwaltung" will Niemand!

❖ Kurzfristig:

- Einzige Lösung die jetzt beschlossene Erhöhung der Erträge durch Anhebung der kommunalen Steuersätze
- Keine andere Alternative!
- Beweis: Blick in die Finanzrechnung

☺ Finanzrechnung:➤ Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit:

- ❖ Quelle aus der wir „finanztechnisch“ leben
- ❖ Ohne die Steuererhöhung wäre der Saldo negativ!
- ❖ **Negativer** Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit bedeutet:
 - Kein Geld zur Tilgung von Krediten etc.
 - Kein Geld zur Finanzierung investiver Maßnahmen
- ❖ Daran erkennt man, wie alternativlos die soeben beschlossene Anhebung der kommunalen Steuern ist.

➤ Saldo aus Investitionstätigkeit und Folge für Saldo aus Finanzierungstätigkeit:

- ❖ Fehlende Liquidität = eigentliches Problem
- ❖ Trotz Steuererhöhung deckt der Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit den Investitionsbedarf nicht!
- ❖ Nächste schlechte Nachricht:

Laut Verwaltung Investitionen nur mit Aufnahme neuer Schulden möglich. (Nettokreditaufnahme 1,2 Mio./Jahr)

- Beträge zwar zunächst überschaubar aber „Büchse der Pandora“
- Wecken von Begehrlichkeiten (Wahljahr)
- Kaum zu stillen
- Beispiel: Öffentlich geförderte Investitionen:
 - Wenn Förderung flach fällt Wunsch auf Kreditfinanzierung nicht abweisbar.
 - Man kann nicht „Nice to have“ (z.B. Vorhänge an einer Schule oder ein Parkleitsystem) mit Kredit finanzieren und wirklich notwendige Dinge (z.B. dringende Sanierung einer Mehrzweckhalle) abweisen!
 - Wo will man da die Grenze ziehen?

❖ **Fazit: Es wird nicht bei den veranschlagten 1,2 Mio./Jahr bleiben**

❖ **Abkehr von unserer bisherigen Haushaltspolitik**

➤ **„Dem Notwendigen muss Vorrang vor noch so berechtigten und verständlichen Wünschen eingeräumt werden“ (Zitat Rede Matthias Münster zum HH 2008 vom 27.02.2008)**

- Wir haben den Investitionsplan nach diesem Maßstab geprüft
- Planung umfasst viele Projekte, die zwar wünschenswert aber eben nicht unbedingt notwendig sind (Nice to have)
- Wir vermissen eine ausreichende Anpassung der investiven Planung
- Wir vermissen eine angemessene Streckung dieser Maßnahmen, die zwar sinnvoll und wünschenswert, **aber nicht unbedingt sofort notwendig sind.**
- Klartext:

Kein „Nice to have“ auf Pump!!!

❖ **Alternativvorschlag FW-UWG und FDP:**

- Keine Maßnahme wird gestrichen
- Lediglich eine breitere Verteilung auf den vollständigen Planungszeitraum durch zumutbare Verzögerungen.
- Belastungen verteilen sich besser
- Belastungen lassen sich besser „Abfangen“

❖ Wir geben damit eine gute, sorgsam durchdachte Alternative zum Vorschlag der Verwaltung.

❖ Diese ermöglicht uns :

- Durchführung des vorgeschlagenen Haushaltes ohne Abkehr vom bisherigen Prinzip der Generationengerechtigkeit.
- Keine neuen Schulden notwendig

- Chance, dass wir unseren Kindern einen „schuldenfreien Haushalt“ übergeben können, bleibt bestehen.
- ❖ Wir bitten darum, diese Änderung mitzutragen!

➤ Der formelle Weg:

- ❖ Es ist ein wenig kompliziert.
- ❖ Zunächst muss der jetzt vorliegenden „Originalvorschlag“ mehrheitlich abgelehnt werden.
- ❖ Erst danach kann dann der Haushaltsentwurf 2025 mit den vorgeschlagenen Änderungen beschlossen werden.



Ablehnungsaussage:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die FDP Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2025 in der hier zu Abstimmung vorliegenden Form nicht zustimmen.

Diese Ablehnung ist notwendig, damit in einer zweiten Abstimmung der Haushaltsentwurf unter Berücksichtigung der von FW-UWG und FDP beantragten Änderungen beschlossen werden kann.

Darum bitten wir auch die anderen Fraktionen darum, mit einer Ablehnung des jetzt zu Abstimmung stehenden Verwaltungsvorschlags die Berücksichtigung unserer Änderungsvorschläge zu ermöglichen.

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz

Haushaltsrede 2025

Sehr geehrter Herr Schmitz,

wir bedanken uns auch dieses Mal bei Ihnen und Ihrem Team für Ihre Arbeit und die ausführlichen Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2025.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

es lohnt an dieser Stelle nicht, sich tiefergehend mit den drei Haushaltsreden auseinanderzusetzen, die wir gerade schon gehört haben.

- Die Haushaltsrede der Bürgerpartei war für jeden so zu erwarten. Wieder gab es keine echte inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Haushaltsentwurf, sondern nur bekannte Vorwürfe und Platituden.
- Dafür waren die Reden von Freien Wählern und FDP zwar konkreter,
- aber unterm Strich eine Offenbarung von fiskalischen Ängsten und irrationalen Sparansätzen.

Diese Sichtweisen helfen uns in Erkelenz nicht wirklich weiter.

Machen wir uns also ehrlich und sagen den Bürgerinnen und Bürger in Erkelenz zum Haushaltsentwurf 2025 Folgendes:

1. Es gibt keine wirkliche Schieflage.
2. Erkelenz ist im Kreis Heinsberg und zumindest auch in ganz NRW fiskalisch betrachtet immer noch bestens aufgestellt.
3. Unsere Ausgleichsrücklage wird uns - notfalls - noch lange den Ausgleich sichern.
4. Die Kommunalaufsicht des Kreises als Kontrollinstanz und Genehmigungsbehörde hat mit dem Erkelenzer Haushalt 2025 und auch in Zukunft leichtes Spiel.

Aber - liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen - wir dürfen auch nicht leichtsinnig haushalten. Wir müssen schon genau hinschauen und aufpassen!

„Aufpassen“ meint, dass wir unseren fiskalischen Blick für die Zukunft weiter schärfen müssen, und zwar so, dass unsere Stadtentwicklung und die Standards der städtischen Dienstleistungen, hier in erste Linie die sozialen Standards, nicht drastisch zurückgeschraubt werden müssen.

Wir dürfen zugleich aber auch nicht sinnvolle Investitionen für die Zukunft einfach in die Folgejahre verschieben. Das schlagen die FDP und die Freien Wähler ja vor!

Sonst erleben wir hier in Erkelenz das, was alle Auto- und Bahnfahrer gerade erleben, weil wichtige Infrastrukturinvestitionen über die Jahre verschleppt wurden!

Wir stehen vor einem Investitionsstau, der uns später mit deutlichen Preissteigerungen teurer kommt als notwendig.

Damit dieser Weg nicht eingeschlagen wird, brauchen wir erstmals seit über 10 Jahren wieder die Solidarität der Steuerzahler, hier der Grundstückseigentümer und Gewerbetreibenden in Erkelenz.

Denn im Haushalt 2025 sind unbedingt erforderliche Steuerhöhungen bereits eingerechnet.

Und wir brauchen zur Absicherung der vielen sehr sinnvollen Investitionen auch wieder Investitionskredite. Hier halten wir uns aber zurück und nehmen nur sehr moderat frisches Geld auf.

Ansonsten bliebe uns nichts anderes übrig als

- Kitas nicht zu erweitern,
- Schulen und die Feuerwehr nicht weiter zu modernisieren,
- Straßen nicht zu erneuern,
- Mehrzweckhallen nicht zu sanieren,
- die Verwaltung nicht zu erweitern,
- den Bauhof nicht zu erneuern,
- und vieles anderes mehr!
-

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

ich möchte zur Untermauerung meiner Feststellungen nicht die einzelnen Haushaltsdaten in epischer Breite darlegen. Das kann jeder für sich nachlesen oder im interaktiven Haushalt nachvollziehen.

Uns von der SPD kommt es vielmehr auf die strategischen Eckpunkte und die Erkenntnisse für das nächste Jahr und nähere Zukunft unserer Stadt an.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl die für 2025 erwarteten Erträge nicht unerheblich steigen werden, wird es dennoch keinen ausgeglichenen Haushalt geben. Wir erwarten ein Defizit von knapp 1,4 Mio.€.

Verantwortlich sind dafür im Wesentlichen

- hohe Transferaufwendungen,
- gestiegene Personal- und Versorgungsausgaben
- steigende Aufwendungen für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe;
- und zum Beispiel auch die kommende OGS.

Nicht zuletzt steigt auch schon wieder die Kreisumlage.

Wir fragen uns als SPD schon länger, warum immer wieder ohne jede ernstere Intervention von Seiten der Städte das Benehmen mit dem Kreis hergestellt wird. Die Kreisumlage wird Jahr um Jahr sozusagen geräuschlos akzeptiert!

Unseres Erachtens muss der Kreis Heinsberg endlich mal mehr in die Pflicht genommen werden, um die Umlage zu dämpfen.

Das Defizit von lediglich 1,4 Mio. € - im Vorjahr waren es noch über 9 Mio. € - gleichen wir über die bestens gefüllte Ausgleichsrücklage aus.

Das Defizit stellt am Ende, wie es der Kämmerer selbst schreibt, ich zitiere: „...keine wirkliche Belastung für den aktuellen Haushalt als auch für die mittelfristige Planung bis 2028 dar.“

Zur Wahrheit gehört aber auch – und das wollen wir gar nicht leugnen oder klein reden -, dass hierfür:

1. die Investitionsliste der Stadt schon um Investitionen im Umfang von etwa 6 Mio. eingekürzt wurde,
2. das Ziel der Schuldenfreiheit 2026 erreicht zu haben, vorerst verschoben werden muss,
3. die Grundsteuer A für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf 580 %-Punkte,
4. die Grundsteuer B auf 595%-Punkte und
5. die Gewerbesteuer von 460 %-Punkte

erhöht werden müssen.

Vor allem auch, um die Liquidität der städtischen Geldbörse sicherzustellen, sind die Steuererhöhungen notwendig. Schließlich erwarten alle externen Dienstleister, die die Stadt in Anspruch nimmt, zurecht, dass sie rechtzeitig und vollumfänglich bezahlt werden.

Wir bitten alle betroffenen Steuerzahler um Verständnis für diese Maßnahme.

Niemand hat es sich leicht gemacht, diese Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen.

Wir alle haben 13 Jahre lang ohne Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern gelebt. Die Grundsteuer wurde sogar 2020 von 420 auf 390%-Punkte gesenkt. Wir im Rat hatten das damals versprochen!

Mit der Grundsteuer lagen wir jährlich deutlich unterhalb des fiktiven Hebesatzes des Landes. Dieser Hebesatz wird neben anderen Faktoren dazu herangezogen, die jährlichen Schlüsselzuweisungen zu berechnen. Weil wir mit unserem Hebesatz darunter lagen, haben wir unterm Strich auf etwa 2 Mio. € verzichtet.

Auch das konnten wir uns tatsächlich zum Wohl aller Steuerzahler leisten.

Doch jetzt sind allerdings die Zeiten so, dass allein mit der Grundsteuererhöhungen, die Aufgaben und Aufwendungen der Stadt nicht mehr erledigt werden können. Deshalb werden auch die Gewerbesteuern erhöht.

Uns ist klar, dass das jedem Steuerzahler weh tut!

Auch uns als SPD tut das weh!

Wir haben aber den Blick auf das Gemeinwohl in Erkelenz zu richten und hier auch mit Blick in die Zukunft das Für und Wider abzuwägen.

Das haben wir in unserer Haushaltsklausur sehr ausführlich und durchaus kontrovers getan. Wir sind aber am Ende dennoch zu dem Votum gelangt, diesen Steuererhöhungen zuzustimmen.

Wir haben zugestimmt, auch weil die Erhöhung keinesfalls überzogen ist und in der faktischen Höhe durchaus moderat ausfällt. Und die Steuererhöhungen auch dazu beitragen, dass Defizit auf 1,4 Mio. € zu dämpfen.

Damit die Steuern nicht über Gebühr angehoben werden müssen, sind für 2025 und 2026 wieder Investitionskredite notwendig. Auch hier bleiben wir moderat. Und da wir fast schuldenfrei waren, werden wir es auch schaffen, diese Kredite in absehbarer Zeit ohne Qualitätsverluste zu tilgen.

In diesem Zusammenhang muss man auch sehen, dass sich die Investitionslage bis 2028 komplett entspannt haben wird. Investieren wir im Jahr 2025 noch etwa 33 Mio. € sind für 2028 nur knapp 7,5 Mio. € vorgesehen.

Wir in Erkelenz liegen mit den neuen Werten der Grund- und Gewerbesteuer immer noch am unteren Level in Nordrhein-Westfalen.

Das gilt Übrigens auch für unsere Gebühren und Abgaben. Beide muss man unseres Erachtens mitbedenken, wenn man eine Gesamtbewertung der haushälterischen Lage der Stadt Erkelenz und der finanziellen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger vornimmt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus unserer Sicht muss die Haushaltsplanung:

- anspruchsvoll
- dynamisch und
- innovativ sein.

Im Vergleich zum Vorjahreshaushalt müssen wir nach Lage der Dinge zwar einige Abstriche hinnehmen, den Gesamtanspruch allerdings sehen wir als SPD nicht gefährdet. Der Haushaltsentwurf 2025

- reizt im vorgegebenen Rahmen über alle Produkte das aus, was geht,
- er verteidigt mit seinem Investitionsniveau die zielgerichtete Fortsetzung unserer Stadtentwicklung,
- und er sichert die kontinuierliche Weiterentwicklung zu einer sozialen und klimagerechten Kommune.

Nach diesem Blick auf die haushaltswirtschaftliche Gesamtlage, möchte ich jetzt noch kurz den Blick auf einige wenige aus unserer Sicht wichtige Produkte lenken.

Die Standards im sozialen Bereich, hier in erster Linie der Förderung der Kinder, der Jugendarbeit und der Hilfe für junge Menschen und Familien sowie der OGS werden trotz deutlicher Kostensteigerungen nicht abgesenkt. Vielmehr fließen 2025 rund 39,5 Millionen Euro in diese öffentliche Aufgabe. Das ist mehr als ein Viertel des gesamten Haushaltsvolumens.

Dabei konnten wir von der SPD dazu beitragen, dass die Gebühren für die Kindergartenbetreuung sogar weiter abgesenkt werden. Also mehr Familien als bisher in den Vorteil kommen werden, gar keine Gebühren mehr zahlen zu müssen. Das verbuchen wir auf unserer Habenseite!

Diesen Weg werden wir auch weiterhin verfolgen. Denn für uns muss Bildung, die schon im Kindergarten anfängt, für alle kostenlos angeboten werden.

Im Kern werden auch die Standards in der Unterbringung und Betreuung der über 1500 Geflüchteten in Erkelenz, wovon über 600 in städtischen Unterkünften untergebracht sind, gehalten.

Wir hatten allerdings im letzten Jahr schon kritisiert, dass uns die soziale Betreuung allein durch den Kinderschutzbund nicht ausreicht. Die Einrichtung einer beantragten Stelle für mehr soziale Arbeit wurde seinerzeit durch die Ratsmehrheit verhindert.

Insoweit haben wir jetzt positiv zur Kenntnis genommen, dass zwei Stellen für eine Ausbildung im Dualen Studiengang „Soziale Arbeit“ vorgesehen sind. Wir hoffen, dass am Ende eine Übernahme der ausgebildeten Kräfte erfolgen und damit dann auch die Betreuung der Geflüchteten verbessert werden kann.

Dann noch eine Anregung außerhalb der Haushaltsberatungen. Die Geflüchteten brauchen dringend einen gemeinsamen Treff zum Austausch, zum Kennenlernen oder zur kurzen Beratung durch die verschiedenen Flüchtlingshilfen. Hier wäre man der Stadt wirklich dankbar, wenn eine solche Initiative auf Unterstützung setzen könnte.

Positiv sehen wir, dass nach den bereits im Vorhinein gestrichenen Investitionen von rund 6 Mio. € die lange Investitionsliste nicht weiter in Frage gestellt wird.

Das gilt insbesondere für unsere Verantwortung als Schulträger. Hier wird jetzt – neben vielen anderem wichtigen Investitionen – auch weiter in die Optimierung des WLAN an den Erkelenzer Schulen investiert. Auch dieser Weg der Digitalisierung unserer Schulen muss konsequent weitergegangen werden.

Wir bleiben auch über 2024 hinaus weiterhin eine fahrradfreundliche Stadt, die sich mit der Verbesserung von Radrouten in und um Erkelenz auseinandersetzen wird.

Darüber hinaus wird das Klimaschutzprogramm nicht eingekürzt. Auf Grund der außerordentlich guten Nachfrage sollten wir aber schon heute für den Haushalt 2026 eine Verdopplung des Ansatzes auf 180.000 € in Erwägung ziehen. Auch bemüht man sich derzeit in der Verwaltung, die vakante Stelle des Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmanagers endlich neu zu besetzen. Die Stelle fällt also nicht weg!

Im Kontext der Entwicklung bzw. Revitalisierung unserer Zukunftsdörfer am Tagebaurand werden bis 2028 rund 8 Mio. € für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden vorgesehen. Das sehen wir zuerst einmal positiv. Das heißt, wir sehen hier den Haushalt als rein fiskalisches Planungsinstrument, das dazu beiträgt, die noch kommenden fachliche Bauleitplanung zu unterstützen.

Unser Ziel als SPD ist dabei, die Entwicklung der Zukunftsdörfer frei vom spekulativen Immobilienmarkt zu halten. Der Erwerb von Grundstücken und Gebäuden kann da helfen. Ob der Ansatz dafür ausreicht, werden wir beobachten und gegebenenfalls intervenieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sehen aber auch noch wichtige Aufgabenfelder, die nach wie vor eher vernachlässigt als weiterentwickelt werden.

Das gilt in erster Linie für den Seniorenbereich. Unsere politische Initiative, einen Seniorenbericht als analytische Grundlage für weitere Maßnahmen erstellen zu lassen, wurde im Rat mehrheitlich abgewiesen. Wenn auch im jetzigen Haushalt so gut wie nichts für die Seniorinnen und Senioren in Erkelenz vorgesehen ist, so werden wir unsere Forderung nach einer verlässlichen Datenbasis über die soziale Lage der Seniorinnen und Senioren in Erkelenz nicht aufgeben. Das versprechen wir hier an dieser Stelle.

Wir versprechen auch der Jugend in Erkelenz, dass wir uns für mehr Beteiligung an der Stadtentwicklung einsetzen werden. Das kommunalpolitische Praktikum war ein guter Einstieg und hat zumindest für uns ergeben, dass wir mit der Jugendbeteiligung unbedingt weiter vorankommen müssen.

Eine Idee, die im Kontext des Kinder- und Jugendförderplans aufkam, nämlich ein Jugendforum durchzuführen, stehen wir nach wie vor positiv gegenüber. Wir wären also bereit!

In diesem Zusammenhang müssen wir noch das Problem der Schülerfahrtkosten ansprechen. Die derzeitige Praxis stößt in Erkelenz immer noch auf akute Probleme. Hier muss mittelfristig eine Lösung angestrebt werden, die es sicherstellt, dass alle Erkelenzer Schülerinnen und Schüler von diesem Kosten freigestellt werden. Darum werden wir uns in den kommenden Jahren bemühen.

Für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden sind 2,5 Mio. € für 2025 vorgesehen. Das Wohnungsproblem in Erkelenz wird sich dadurch zwar nicht schlagartig verbessern. Aber der Ansatz ist sinnvoll. Wir begrüßen das.

Darüber hinaus hat der Stadtrat nach fast zwei Jahren politischer Arbeit der Entwicklung und des Baus einer Tiny-House-Siedlung in Erkelenz dem Grunde nach zugestimmt. Die Zeichen dafür stehen gut. Damit lösen wir das Wohnungsproblem auch nicht schlagartig, aber wir bereichern zumindest das Wohnangebot in Erkelenz um eine innovative Dimension an.

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

ich komme zum Schluss.

Wir sehen uns mit einem Haushaltsentwurf konfrontiert, der Steuererhöhungen benötigt, damit die anstehenden Aufgaben und Investitionen in unserer Stadt einigermaßen finanziert werden können. Wir tragen das mit.

Es bleiben dennoch Räume für positive Ansätze in den sozialen Produktbereichen, die für uns sehr wichtig sind. Der Kitabereich konnte sogar positiv weiterentwickelt werden.

Auf der anderen Seite erkennen wir noch offene Baustellen insbesondere in der Seniorenpolitik und in der Jugendbeteiligung. Diese Baustellen sind aber nicht so angelegt, dass wir keinen Weg finden, sie eventuell auch außerhalb des Haushaltes 2025 fertigzustellen. Wir werden uns darum bemühen.

Den Haushaltsentwurf deswegen abzulehnen, ist nicht erforderlich.

Wir werden also zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Bündnis 90/Die Grünen – Ratsfraktion – 41812 Erkelenz

Erkelenz, 11.12.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Gäste,

frei nach Konfuzius möchte ich beginnen. „Sage mir die Vergangenheit und ich zeige dir die Zukunft.“

1989 habe ich das erste Mal hier gestanden, um zum Haushaltsentwurf 1990 Stellung zu nehmen.

Diese und jede weitere Haushaltsrede begann ungefähr mit den Worten, dass dem jeweiligen Kämmerer - ich durfte drei kennenlernen - für seine korrekte Haushaltsführung und seine fachkundigen Erläuterungen zu danken sei. Die aktuelle Lage sei schwierig und die Aussichten für die Folgejahre düster.

Dem ist auch heute – fünf Bürgermeister und 35 Jahre später – nichts hinzuzufügen. Vielen Dank Norbert Schmitz!

Und die meisten unserer Stellungnahmen endeten mit den Worten: Trotz einiger richtiger Schritte kann der Haushalt in ökologischer und sozialer Hinsicht nicht genügen. Die wichtigen Nachhaltigkeitsaufgaben werden nur halbherzig angegangen oder hinausgeschoben und zu Lasten nachfolgender Generationen angehäuft.

Trotzdem ist einiges passiert, was jahrzehntelang nicht möglich war, weil schon allein ein Antrag der GRÜNEN Aversionen hervorrief und ruft. An nur einem Beispiel möchte ich aufzeigen, was ich meine.

1989 schlugen wir vor, eine Stelle für einen Umweltbeauftragten einzurichten. Seine Aufgabe sollte es sein, die verschiedenen Ämter, insbesondere Planungs- Hoch- und Tiefbauamt, aber ebenso Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich umwelt- und klimarelevanter Maßnahmen zu beraten, Förderpro-

gramme zu erschließen, summa summarum sich der Thematik als Querschnittsaufgabe anzunehmen. Damals schrieb ich unter anderem als Begründung, es sei leider ein frommer Wunsch, dass jeder Verwaltungsmitarbeiter ein Ökologe sei, der stets die Nachhaltigkeitsziele vor Augen habe und danach handle.

Solche Umweltbeauftragte heißen heute Klimaschutz- und – weil uns die Folgen des Klimawandels bereits eingeholt haben - Klimaanpassungsmanager. 27 Jahre nach unserem Antrag, nämlich 2016, begann unser Klimaschutzmanager Oliver Franz seine segensreiche Tätigkeit. Leider hat er seinen Job aufgegeben. Dass er nicht genug zu tun hatte, war sicher nicht der Kündigungsgrund und wir hoffen, die Position zeitnah wieder mit einem fähigen Menschen besetzen zu können.

27 Jahre vom Antrag bis zur Umsetzung. Ein Beispiel von vielen in den letzten 35 Jahren.

Wie gesagt, trotzdem wurde einiges erreicht. Viele unserer Anträge sind heute umgesetzt. - Aber leider nur auf Umwegen: verteufeln - ablehnen – warten – noch einmal warten - in eine andere Form gießen und von anderer Seite oder als Verwaltungsvorlage erneut einbringen. Erst dann: Applaus und Zustimmung durch die Ratsmehrheit.

Vorteilhaft wäre es allerdings, wenn nicht immer so viele Jahre zwischen unseren Anregungen und deren Verwirklichung liegen würden. Uns läuft die Zeit davon.

Das zeigen die Bilder der Fluten, Dürren, Feuer und Stürme des Jahres 2024.

Die von Wissenschaftlern seit Jahrzehnten exakt berechneten Folgen des menschengemachten Klimawandels sind keine Zukunftsszenarien mehr, sie haben unser Hier und Jetzt erreicht.

Die Verschieberitis der vergangenen 35 Jahre können wir uns nicht mehr leisten. Sie kommt uns teuer zu stehen.

Die Förderung klimaschützender und Klimafolgen ausgleichender Maßnahmen ist kein Luxus. Sie ist eine notwendige Korrektur der Fehler und Versäumnisse, des Zauderns und Zögerns der vergangenen Jahrzehnte.

Wer hier und heute **immer noch** diskutiert, ob diese Korrektur noch weiter verschoben werden kann, weil die – vergleichsweise geringen – Kosten zu hoch erscheinen, der sollte das Wort Generationengerechtigkeit nicht in den Mund nehmen.

Zur Generationengerechtigkeit gehört mehr als nur eine geordnete Haushaltskasse, eine – zumindest halbwegs - intakte Umwelt gehört auch dazu!

Wenn wir bei unserer jetzigen Geschwindigkeit – also beim Schnecken-tempo – bleiben, dann werden die Klimafolgekosten jede, noch so prall gefüllte Ausgleichsrücklage im Sturm hinwegfegen.

Es ist daher kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, den Einsatz regenerativer Energien im öffentlichen Raum zu beschleunigen und im privaten Bereich zu fördern.

Es ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, Flächen im öffentlichen Raum, wie z.B. Schulhöfe, zu entsiegeln und zu grünen Oasen umzugestalten, nicht anders verhält es sich mit der leidigen Problematik der Schottergärten.

Dass das Förderprogramm Klimaschutz im Haushalt steht, begrüßen wir, aber es ist zu wenig. Auch hier nur „Schnecken-tempo“. Bei Auflage des Förderprogramms war eine jährliche Aufstockung geplant. Eine solche hat es bisher nur einmal gegeben. Eine Kröte, die für uns Grüne nur schwer zu schlucken ist.

Es ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, steigenden Energieverbrauch durch die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude zu bremsen.

Hier bietet der vorliegende Haushalt Lichtblicke. Investitionen in Höhe von mehr als 12 Millionen Euro, die nicht weiter verschoben werden dürfen, sondern zügig umgesetzt werden. Hier nenne ich besonders

- die energetischen Sanierungen der Mehrzweckhallen von Schwanenberg und Lövenich, der Grundschulen von Kückhoven und Houverath, sowie der Kita Westpromenade
- den Umbau und die Sanierung der MZH Kückhoven
- die Umrüstung diverser Gebäude und Flutlichtanlagen auf LED-Beleuchtung
- umfangreiche Umrüstungen von Straßenbeleuchtung auf Energiesparteknik
- und schließlich auch der Neubau des Anbaus des Cusanus Gymnasiums inklusive der Energiezentrale

Hier erwarten wir jedoch, dass die Umstellung der Wärmeversorgung auf regenerative Energien nicht nur geprüft wird, wie es im Haushalt heißt, sondern, dass im kommenden Haushalt 2026 auch die Mittel für die Umstellung bereitgestellt werden.

Es ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, Bäume zu pflanzen. Nicht nur nachzupflanzen, sondern den Bestand der Bäume im Stadtgebiet zu er-

höhen. Hier ging es in den letzten Jahrzehnten nicht einmal im Schnecken-tempo voran. Hier herrschte Stillstand, in manchen Jahren sogar Rückschritt.

Mit unserem Antrag zum Bürgerwald wollten wir ein wirkliches Plus erreichen. Und unsere Bürgerinnen und Bürger haben in beeindruckender Weise mitgemacht. Der erste Teil der hierfür vorgesehen Fläche ist komplett bepflanzt. Wenn aber die Spenden unserer Bürgerinnen und Bürger zur Kompensierung der jährlichen städtischen Baumfällungen herangezogen werden, dann konterkariert das das gesamte Vorhaben und führt zu keinem wirklichen Mehrwert für Mensch und Umwelt.

Auch hier findet sich ein Lichtblick im vorliegenden Haushalt: Mittel in Höhe von 300.000 € aus einem Landesprogramm, mit dem zusätzliche Baumpflanzungen mit 80% gefördert werden.

Wir erwarten jedoch, dass die bei der Stadt Erkelenz verbleibenden 20% auch tatsächlich von ihr getragen werden. Die Baumspenden der Bürgerinnen und Bürger dürfen keinesfalls zur Schönrechnerei einbezogen werden.

Es ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, dem Fahrradverkehr einen steigenden Anteil im öffentlichen Verkehrsraum zukommen zu lassen und den Bürgern so kostengünstige Mobilität zu ermöglichen und gleichzeitig Umweltbelastungen zu verringern.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Mobilität in Erkelenz **unabdingbar**! Für eine ländliche Kommune gehört auch der **Autoverkehr** dazu. Daher haben wir für den Bau des Parkhauses gestimmt. Aber genauso wie wir den Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen, die mit dem Pkw in die Innenstadt fahren müssen, tragen wir Verantwortung für die Menschen, welche diesen Weg mit dem **Fahrrad** zurücklegen möchten.

Die Umsetzung des Fahrradroutenkonzeptes ist daher für uns unverzichtbar. Dass wir die nötigen Mittel hierfür im vorliegenden Haushaltsentwurf vorfinden, begrüßen wir daher ausdrücklich.

Gestatten Sie mir noch einen kurzen Exkurs zur Finanzierung des Parkhauses.

Wir haben das Parkhaus und auch den Grunderwerb am Mennekrather Kirchweg aus unseren liquiden Mitteln finanziert. Das hat letztlich dazu geführt, dass im Haushalt nun erstmals seit vielen Jahren wieder Kredite zur Liquiditätssicherung vorgesehen sind.

Aus GRÜNER Sicht wäre dies vermeidbar gewesen. Für Investitionen, besonders wenn diesen Einnahmen gegenüberstehen, ist eine teilweise

Fremdfinanzierung, kein Teufelszeug. Private Betreiber von Parkhäusern und Immobilienunternehmen finanzieren ihre Investitionen auch nicht zu 100% aus der Portokasse und machen dennoch gute Gewinne.

Schulden für den Konsum sind schlecht. Schulden für Investitionen, die der Höhe nach klar an bestimmte Rahmenbedingungen geknüpft sind, können durchaus ein solides Mittel der Finanzierung sein. So verfahren erfolgreiche Unternehmen und so verfahren bodenständige Privatpersonen, z.B. beim Hausbau. Und so sieht es auch die Betriebswirtschaftslehre. Dass **ausgerechnet die FDP**, die einzig **wahre Wirtschaftspartei** überhaupt, diese Grundlagen nicht zu kennen scheint, verwundert doch sehr.

Das hätte ich mir vor 35 Jahren nicht träumen lassen, dass wir, eine als **wirtschaftsfeindlich** verschriene **Ökopartei**, der FDP einmal etwas von den Grundsätzen der Betriebswirtschaft erzählen müssen. 😊

Zurück zum Haushalt. Die im Haushalt ausgewiesene Neuverschuldung ist für uns moderat und vertretbar. Sie muss aber klar an bestimmte Investitionen geknüpft sein und darf nicht einfach zum Stopfen irgendwelcher Haushaltslöcher herangezogen werden. Die Befürchtung, dass hierdurch nur Begehrlichkeiten geweckt werden, teilen wir nicht. Im Gegenteil, wir trauen den Mitgliedern dieses Rates durchaus zu, sehr verantwortlich mit diesem Finanzierungsinstrument umzugehen.

Wir GRÜNE stehen auch ausdrücklich hinter den Steuererhöhungen, die dieser Haushalt vorsieht. Auch sie sind aus unserer Sicht angemessen und moderat. Wir begrüßen, dass eine große Mehrheit in diesem Rat den **Mut** gefunden hat, den Bürgerinnen und Bürgern **reinen Wein einzuschenken** und die Steuererhöhungen nicht auf einen Zeitpunkt nach der Kommunalwahl zu verschieben.

Wir GRÜNE stehen auch hier für Ehrlichkeit und Transparenz. Wir sind froh, dass an diesem Punkt **gemeinsam zügig** gehandelt wird, ohne die altbekannte ängstliche Verschieberitis. Diese hätte sich - auch hier - negativ auf künftige Haushalte auswirkt.

Dem zu Anfang genannten Zitat von Konfuzius möchte ich am Ende ein Zitat von Albert Einstein gegenüberstellen: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die **Zukunft**, denn in ihr gedenke ich zu leben.“

Die Zukunft wird aktuell von Vielen als düster beschrieben. Oft werden damit bewusst Ängste geschürt. Ohne die Dinge beschönigen zu wollen, möchten wir GRÜNEN nicht in diese Untergangsrhetorik einstimmen.

Ja, es gibt Krisen und Umbrüche, Kriege, Katastrophen und das Wiedererstarken längst überwunden geglaubter totalitärer Strömungen. Aber das ist alles nicht gottgegeben. Wir können etwas dagegen tun!

Wir können uns dabei aber nicht auf alten Lorbeeren ausruhen oder auf ein „das war schon immer so“ zurückziehen. Wir müssen neue Wege wagen und diese tunlichst nicht im Schneckentempo beschreiten. Wenn das in **konstruktiver Zusammenarbeit aller Demokraten** geschieht, dann haben wir den Schwarzmalern etwas entgegenzusetzen. Dann können wir große Aufgaben meistern und Krisen überwinden. Das ist meine feste Überzeugung, heute genauso wie vor 35 Jahren.

Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem vorliegen Haushalt mehrheitlich zu.

Die Vorteile überwiegen die Kröten, die wir zu schlucken bereit sind.

Uns treibt die Hoffnung auf eine künftig deutlich schnellere Gangart im Bereich des Klima- und Umweltschutzes.

Unser Ziel: Hier künftig genauso konsequent und entschlossen voranzuschreiten, wie bei der Entschuldung unseres Haushalts in den vergangenen Jahren. Nur wenn wir auch hier ähnlich erfolgreich sind, hinterlassen wir künftigen Generationen eine lebenswerte Stadt.

Mein persönlicher Wunsch, in dieser meiner letzten Haushaltsrede: **Mut**.

Mut, neue Wege zu gehen. Zum Beispiel, die Grenzen des Wachstums kritisch zu hinterfragen, wie es schon der Club of Rome 1972 in seiner nach wie vor aktuellen Studie getan hat.

Mut, sich auf alte Werte zu besinnen. Zum Beispiel **Maßhalten**! Auch beim Flächenverbrauch, beim Ausweisen von Gewerbe- und Wohnflächen. Möglicherweise wären die Mehraufwendungen für eine Berufsfeuerwehr nicht entstanden, wären wir in der Vergangenheit weniger in die Breite gegangen. Weniger kann mehr sein.

Mut, den Menschen immer wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Migranten und Bürgergeldbezieher nicht als den einzigen Grund für sämtliches Übel dieser Welt auszumachen.

Mut, als Demokraten zusammenzustehen, über Parteigrenzen hinweg.

Vielen Dank.

**CDU**

Zusammen.
Zukunft. Machen.

Haushaltsrede der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Erkelenz für das Jahr 2025

(Redekonzept – es gilt das gesprochene Wort)

Marwin Altmann
Fraktionsvorsitzender
Markt 21
41812 Erkelenz

email@marwin-altmann.de
www.cdu-erkelenz.de

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren aus Bürgerschaft, Verwaltung,
Rat und Presse,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des kommunalpolitischen
Praktikums,

wir stehen heute vor der wichtigen Aufgabe, den Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 zu beraten und zu beschließen. Dabei geht es nicht nur um Zahlen, sondern um Werte, Prioritäten und die Zukunft unserer Stadt. Diese Rede möchten wir daher in vier Abschnitte gliedern: die finanzielle Ausgangslage, die geplanten Investitionen, die Herausforderungen, die vor uns liegen, und die grundlegenden Werte, die unsere Arbeit leiten.

Einleitung: Mit Widersprüchen leben

Bei den Vorbereitungen sind wir auf ein zentrales Thema gestoßen, das uns alle betrifft: der Umgang mit Widersprüchen. Im Alltag wie in der Politik begegnen wir ständig Spannungsfeldern. Das Bedürfnis nach Sicherheit steht oft im Konflikt mit dem Wunsch nach Veränderung. Der Wille, das Klima zu schützen, kollidiert mit der Freude an Fernreisen oder dem Komfort individueller Mobilität.

Auch in der Finanzpolitik gibt es diese Gegensätze: Wir wollen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz vorantreiben und gleichzeitig die Steuerlast begrenzen. Als CDU-Fraktion sind wir uns bewusst, dass es darauf keine einfachen Antworten gibt. Politik bedeutet, mit diesen Widersprüchen umzugehen, Verantwortung zu übernehmen und kluge Entscheidungen zu treffen. Unsere Aufgabe ist es, Prioritäten zu setzen, tragfähige Kompromisse zu finden und flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren. Lassen Sie uns daher gemeinsam die zentralen Spannungsfelder des aktuellen Haushaltsentwurfs betrachten.

Finanzielle Lage: Stabilität trotz Defizit

Die finanzielle Ausgangslage der Stadt Erkelenz zeigt Licht und Schatten. Wir befinden uns in einer soliden Position: Seit 15 Jahren reduzieren wir kontinuierlich unsere Kreditverbindlichkeiten und streben weiterhin an, bis 2028 schuldenfrei zu sein. Diese verantwortungsvolle Haushaltsführung erlaubt uns wichtige Investitionen durchzuführen, ohne die Steuerlast drastisch zu erhöhen.

Gleichzeitig weist der Haushaltsplan 2025 ein Defizit von 1,36 Mio. Euro aus. Trotz steigender Erträge übersteigen die Aufwendungen weiterhin die Einnahmen.



Dennoch ist die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr beachtlich: Das Defizit wurde um 8 Mio. Euro (ohne Steuererhöhungen 4 Mio. €) reduziert, was Streichungen, Steueranpassungen und einer effizienten Haushaltsführung zu verdanken ist.

Wir müssen jedoch festhalten, dass die finanzpolitische Lage deutscher Kommunen angespannt bleibt. Steigende Sozialausgaben, unzureichende Finanzierung übertragener Aufgaben, Inflation und hohe Energiepreise belasten die Haushalte erheblich. Ohne strukturelle Änderungen durch Bund und Länder drohen massive Investitionskürzungen, insbesondere im Bereich Klimaschutz und Infrastruktur. Trotz der geplanten Entnahme gibt uns eine solide Ausgleichsrücklage mit immer noch gut gefüllten 40,27 Mio. Euro Stabilität und die Möglichkeit, Defizite auszugleichen. Doch sie ist keine unerschöpfliche Ressource. Wir müssen sparsam wirtschaften und gleichzeitig auf Unterstützung von Bund und Land hoffen, um langfristig handlungsfähig zu bleiben.

Ein Blick auf unsere Nachbarkommunen zeigt, dass Erkelenz trotz der Herausforderungen gut aufgestellt ist. In vielen Städten der Region sind die Defizite deutlich höher, während die Steuerbelastungen dort bereits jetzt über unseren Hebesätzen liegen. Erkelenz hat sich durch vorausschauendes Haushalten eine stabile finanzielle Basis erarbeitet, die uns weiterhin Handlungsspielräume verschafft - unsere aktuellen Herausforderungen sind hauptsächlich fremdbestimmt!

Steueranpassungen: Eine notwendige Entscheidung

Ein wesentlicher Faktor für die gestiegenen Einnahmen sind die Anpassungen bei der Grundsteuer B (595 %) und der Gewerbesteuer (460 %). Diese Maßnahmen generieren zusätzliche Einnahmen von 4,4 Mio. Euro im Jahr 2025 und insgesamt 17,9 Mio. Euro bis 2028. Damit sichern wir Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz. Wir wissen, dass Steuererhöhungen keine populären Entscheidungen sind, und sie fallen uns nicht leicht. Vor Allem weil wir uns als CDU-Ratsfraktion immer für möglichst niedrige Belastungen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Es gehört aber auch zu einer soliden Haushaltsführung rechtzeitig auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren, damit die Erhöhungen überschaubar bleiben. Dabei ist es uns wichtig das Thema offen und ehrlich vor der Kommunalwahl anzugehen, damit die Bürgerinnen und Bürger die absolute Notwendigkeit nachvollziehen können. Nur so ist es möglich die Leistungsfähigkeit unserer Stadt zu sichern.

Im Vergleich zu unseren Nachbarkommunen zeigt sich, dass unsere Hebesätze trotzdem moderat bleiben. So liegt die Grundsteuer B in Erkelenz mit 595 % zwar über dem bisherigen Niveau, bleibt aber unter den Spitzenwerten in der Region. In einigen



CDU

Zusammen.
Zukunft. Machen.

3

Kommunen wurden bereits Werte von 650 % oder mehr erreicht. Auch bei der Gewerbesteuer bleibt Erkelenz mit 460 % konkurrenzfähig - unser Ziel ist es, die Steuerlast in Zukunft möglichst stabil zu halten.

Investitionen in die Zukunft: Bildung, Infrastruktur, Nachhaltigkeit

Auch wenn das Investitionsvolumen erstmals seit Jahren rückläufig ist, setzen wir mit 33,8 Mio. Euro weiterhin klare Prioritäten. Bis 2028 sind sogar insg. 83 Mio. Euro geplant. Wichtige Bereiche sind:

- **Bildung und Betreuung:** Unsere Schulen und Kitas sind die Grundlage für die Zukunft unserer Kinder. Wir investieren in die Modernisierung von Schulen, digitale Ausstattung von Klassenräumen, schulisches WLAN und Ausbau der Ganztagsbetreuung. Darüber hinaus schreitet auch der Neubau weiterer Kitas z.B. im Bauxhof, Kückhoven oder der Kamp-Lintforter-Str. voran. Diese Maßnahmen sind nicht nur Investitionen in die Bildung, sondern auch in die Chancengleichheit. Sie stärken Erkelenz als Bildungsstandort und erhöhen die Attraktivität für junge Familien.
- **Infrastruktur:** Neben dem Erhalt unserer Straßen investieren wir in den Ausbau nachhaltiger Mobilität, Parkplätze, öffentlicher Nahverkehr und Radwege. Diese Projekte fördern nicht nur die Mobilität, sondern auch den Klimaschutz und die Lebensqualität. Dies kann man z.B. an der Entwicklung der Innenstadt sehen. Nach dem Franziskanerplatz und der Westpromenade werden die Veränderungen auch am Marktplatz langsam sichtbar. Darüber hinaus darf die Infrastruktur des Vereinslebens in den Ortschaften nicht zu kurz kommen. Daher investieren wir kontinuierlich in die Sanierungen der einzelnen Mehrzweckhallen – aktuell in Kückhoven, Lövenich, Schwanenberg und Granterath, sowie den Bürgersaal in Gerderath und das Dorfzentrum „Alte Schule“ in Holzweiler. Weitere Maßnahmen sind für die Folgejahre vorgesehen.
- **Nachhaltigkeit und Klimaschutz:** Unsere Maßnahmen umfassen die Sanierung öffentlicher Gebäude, Ausbau erneuerbarer Energien, Baumpflanzungen und Begrünungsmaßnahmen. Sogar am städtischen Förderprogramm für Privathaushalte können wir trotz angespannter Haushaltslage festhalten. Darüber hinaus haben wir an der Westpromenade die erste Fahrradstraße im Kreis Heinsberg und auch das Radvorrangroutenkonzept nimmt weiter Fahrt auf. Nach der Bürgerbeteiligung für den Abschnitt Nord, läuft bereits in die Feinabstimmung und Suche nach passenden Fördergeldern.

**CDU**Zusammen.
Zukunft. Machen.

4

Trotz großer Anstrengungen können wir diese wichtigen Investitionen leider nicht mehr ausschließlich aus eigenen Mitteln finanzieren. Für die Jahre 2025 und 2026 sind nach langer Zeit daher wieder investive Kreditaufnahmen vorgesehen – Sonst hätten noch drastischere Kürzungen oder deutlichere Erhöhung der Steuersätze vorgenommen werden müssen. Als Ergebnis intensiver Beratungen haben wir uns mehrheitlich auf einen gesunden Mix aus Streichungen (rund 6 Mio. Euro), Steuererhöhungen (ca. 28 % Grundsteuer B und ca. 10 % Gewerbesteuer) und Kreditaufnahmen geeinigt, um alle Finanzierungsmaßnahmen in einem verträglichen Umfang halten zu können. Für die nächsten zwei Jahre sind daher moderate 1,96 Mio. Euro an Investitionskrediten geplant. Damit decken wir jedoch nur die absolut notwendigsten Finanzmittel – keine zusätzlichen Spielräume.

Diese Entscheidung ist daher auch kein „D-Day“ oder das Einreißen einer „Brandmauer“ – sondern schlicht eine Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen, wie wir sie bereits vor 2012 hatten. Hier stehen wir im regionalen Vergleich ebenfalls gut da: Während andere Kommunen ihre Investitionen wegen fehlender Mittel massiv zurückfahren oder sich dafür hoch verschulden, können wir gezielt in die Zukunft investieren. Als CDU-Fraktion ist uns wichtig, dass wir dabei auch weiterhin an unseren Grundsätzen einer soliden Haushaltsführung festhalten. Dies zeigt sich u.a. daran, dass wir das Ziel der Schuldenfreiheit nicht aufgeben, sondern es zunächst auf 2028 verschieben. Zudem haben wir mit rund 6 Mio. Euro erhebliche Kürzungen bei geplanten Investitionen vorgenommen, die übriggebliebenen sind zu 65 % durch Fördermittel finanziert. Falls hier Zuwendungen wegfallen, müssen auch diese Maßnahmen neu überdacht und ggf. geschoben werden.

Herausforderungen: Personal- und Transferaufwendungen

Im Vergleich zum Haushalt 2024 zeigt sich, dass wir Fortschritte gemacht haben. Die Reduzierung des Defizits von 9,39 Mio. € auf 1,36 Mio. € ist ein Erfolg. Gleichzeitig bleiben viele Herausforderungen bestehen, insbesondere die stetig wachsenden Sozialausgaben und die Belastungen durch die Kreisumlage. Mit Blick auf die schmelzenden Ausgleichsrücklagen von Landschaftsverband und Kreis, werden uns zukünftig wohl noch mehr Kosten nach unten durchgereicht.

Ein großer Kostenfaktor sind auch steigende Personalaufwendungen, die 2025 um 5,5 Mio. Euro auf 46,6 Mio. Euro ansteigen. Hauptgründe sind tarifliche Anpassungen, Besoldungserhöhungen und notwendige Neueinstellungen. Insgesamt entstehen 38,21 neue Stellen, die vor allem zur Umsetzung von Pflichtaufgaben benötigt werden. Daneben sind viele Stellen weiterhin unbesetzt. Hier erwarten wir von Bund und Land, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden und die Kommunen stärker unterstützen.



Solange diese Problemstellungen nicht abschließend geklärt sind, wird es weiterhin darauf ankommen, mit den knapper werdenden Ressourcen äußerst behutsam und nachhaltig umzugehen. Personal- und Versorgungsaufwendungen können nicht ins Unermessliche steigen. Selbst KI, Digitalisierung und effizientere Prozesse, werden nicht ausreichen, um langfristig Kosten zu senken. Ohne eine bessere Finanzausstattung wird der Spielraum für freiwillige Leistungen immer kleiner.

Auch beim Thema Strukturwandel und Tagebau bleiben wir von der weiteren landes- und bundespolitischen Entwicklung abhängig. Erkelenz hat sich auf den Weg gemacht die Zukunft der vom Tagebau betroffenen Ortschaften aktiv zu gestalten. Ein zentraler Baustein dieser Entwicklung ist die umfassende Zukunftsvision, die unter intensiver Bürgerbeteiligung erarbeitet und vom Stadtrat beschlossen wurde. Sie beinhaltet Strategien zur Natur- und Landschaftsentwicklung, Verkehrsplanung sowie Siedlungsentwicklung und legt den Fokus auf eine nachhaltige Nutzung der Flächen zwischen Kernstadt und Tagebaurand. Zur Konkretisierung dieser Vision dienen Planungswerkstätten, bei denen Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Gestaltung der Dörfer einbezogen werden. Gemeinsam werden Ideen und Konzepte für eine lebenswerte Zukunft entwickelt. Ein finalisiertes Konzept ist essenziell, um finanzielle Fördermittel zur Umsetzung konkreter Maßnahmen zu beantragen.

Parallel dazu beteiligt sich Erkelenz im Rahmen des Zweckverbands LANDFOLGE Garzweiler an der Bewerbung zur Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2037. Die IGA bietet die einzigartige Chance, den Wandel in der Region sichtbar zu machen und zukunftsorientierte Projekte einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Mit diesen Projekten stellen wir uns der Herausforderung, den Strukturwandel aktiv und zukunftsweisend zu gestalten, um die Lebensqualität in der Region nachhaltig zu sichern.

Aber wir bleiben in allen Bereichen Abhängig von ausreichenden Fördergeldern, sowie verlässlichen politischen Entscheidungen. Da hilft es leider nicht, dass es eventuell zu Verzögerung des Braunkohleausstiegs kommen wird – selbst, wenn die Dörfer Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath sowie die Holzweiler Höfe bis 2033 von einer Abbaggerung verschont bleiben, schürt es neue Unsicherheiten.

Mit Widersprüchen leben: Verantwortung übernehmen

Wie eingangs erwähnt, ist der Umgang mit Widersprüchen ein zentraler Bestandteil des Lebens. Wir möchten soziale Standards erhalten, aber auch wirtschaftlich arbeiten. Wir möchten in die Zukunft investieren, aber auch die Schulden begrenzen. Diese Spannungsfelder erfordern von uns verantwortungsbewusstes Handeln und kluge Entscheidungen. Dabei setzen wir auf Transparenz, klare Prioritäten und langfristige Perspektiven.

**CDU**Zusammen.
Zukunft. Machen.

6

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht! Mit dem ausgewogenen Haushaltsentwurf für 2025 setzen wir unseren Kurs fort, Erkelenz als lebenswerte und zukunftsfähige Stadt zu gestalten und können die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger trotz Erhöhungen in einem überschaubaren Rahmen halten. Die finanziellen Herausforderungen müssen wir nicht wegen, sondern trotz unserer guten Investitionspolitik meistern – denn aktuelle Baumaßnahmen sind längst gegenfinanziert. Hier wird nochmal deutlich wie wichtig es war das „Momentum“ für notwendige Investitionen zu nutzen. Heute sind die Fördertöpfe auf Landes- und Bundesebene Großteils aufgebraucht, weshalb z.B. eine Sanierung der Innenstadt im aktuellen Umfang nicht mehr denkbar wäre. Bei der Umsetzung zukünftiger Projekte müssen wir nun auf verschlechterte wirtschaftliche Rahmenbedingungen reagieren.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2025 zustimmen, da wir trotz der Spannungsfelder zwischen Widersprüchen und Herausforderungen unserer Verantwortung verpflichtet bleiben und die Balance zwischen Stabilität und Fortschritt wahren. Wir danken dem Kämmerer und seinem Team, sowie der gesamten Verwaltung für ihre Arbeit und allen Kolleginnen und Kollegen im Rat für die konstruktive Zusammenarbeit. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Zukunft von Erkelenz weiterhin aktiv zu gestalten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.